




Immer mehr Studierende erhalten ein Bundesstipendium

Immer mehr Studierende erhalten ein Bundesstipendium
Stipendienkultur ist nach wie vor ausbaufähig
Das Bundesbildungsministerium hat am heutigen Dienstag neue Zahlen für das Deutschlandstipendium bekanntgegeben. Dazu erklären der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer, und der bildungspolitische Sprecher Albert Rupprecht: Michael Kretschmer: "Das Deutschlandstipendium erweist sich als Erfolg: Binnen eines Jahres hat sich die Anzahl derjenigen verdoppelt, die mit einem Deutschlandstipendium gefördert werden. Während es 2011 noch 5.375 Studierende waren, die ein solches Stipendium in Anspruch genommen haben, sind es nun schon 10.977. Sie erhalten monatlich 300 Euro an Förderung. Die Stipendienkultur ist in Deutschland noch immer ausbaubedürftig; in anderen Ländern engagieren sich private Förderer und Unternehmen deutlich stärker als bei uns. Das Deutschlandstipendium setzt daher wichtige Anreize. Es war richtig, dass wir trotz der Anfeindungen der Opposition an diesem wichtigen Instrument festgehalten haben. Die aktuellen Steigerungsraten belegen: Das Instrument wird von den Hochschulen und Studierenden angenommen - mit Trend nach oben. Schon heute ist jedes vierte in Deutschland öffentlich vergebene Studien-Stipendium ein Deutschlandstipendium." Albert Rupprecht: "Leistung muss sich lohnen - auch im Studium. 45.000 Studierende erhalten inzwischen ein Stipendium, sei es ein Deutschlandstipendium, ein Stipendium der Begabtenförderwerke oder ein Aufstiegsstipendium. Das sind dreimal so viele wie 2005. Ohne den Boykott einiger Hochschulleitungen könnten es sogar noch mehr sein. So hat allein die RWTH Aachen mehr Stipendien eingeworben als alle 38 Berliner Hochschulen zusammen, die Fachhochschule Deggendorf mehr als alle 18 Hamburger Hochschulen zusammen. Wer seinen Studierenden Stipendien vorsätzlich vorenthält, wird seiner Verantwortung als Hochschulleitung nicht gerecht. Besonders von den Exzellenzhochschulen erwarten wir, dass sie sich nicht nur ins Zeug legen, wenn es um ihre eigene Finanzierung geht, sondern dass sie sich auch dann anstrengen, wenn es um die Studienfinanzierung der ihnen anvertrauten Studierenden geht. Bei einigen gibt es da noch viel zu tun." Kontakt: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_514683 width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.